



*Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,*

diskussionsintensive Wochen liegen hinter mir. Ihr könnt euch vorstellen, dass zwei Themen die Wochen beherrscht haben: In der ersten Woche die Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland, in der darauffolgenden Woche überlagerte der Corona-Virus das politische Geschehen. Zum einen gilt es abzuwägen, welche Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung notwendig sind. Zum anderen, die Versorgung sicher zu stellen und wirtschaftliche Folgen abzumildern. Auch im Bundestag selbst wird der tägliche Besucherstrom von 6.000 Interessierten stark eingeschränkt und immer mehr Veranstaltungen abgesagt. Es ist eine Situation, die für uns alle neu ist und in der wir nicht wissen, was die nächsten Wochen bringen. Wichtig ist, in einer sehr schwierigen Zeit zusammenzuhalten!

Hilfe wegen Auswirkungen des Corona-Virus

Wir müssen jetzt alles daran setzen, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Damit Infizierte möglichst wenige andere Menschen anstecken, sollten wir, sofern es möglich ist, Kontakte einschränken. Daher ist es auch richtig, vorerst den Spielbetrieb im Sportbereich zu stoppen, Veranstaltungen abzusagen und Schulen – wie auch in NRW – zu schließen.

Natürlich hat das Auswirkungen auf das Miteinander, auf Arbeitnehmer und auf die Wirtschaft. Unsere Aufgabe ist es, die negativen Auswirkungen abzumildern. Ein bewährtes Instrument, um Jobs in Krisen zu sichern, ist das Kurzarbeitergeld: Der Staat übernimmt vorübergehend einen Teil des Gehalts, wenn es nicht mehr genug Arbeit gibt. Unser Arbeitsminister Hubertus Heil senkt nun die Hürden bei der Beantragung. Neu ist zudem, dass der Staat schon bei einem kleinen Teil der Beschäftigten einspringen kann.

Um die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen zu stützen, wollen wir die Abschaffung des Solis vorziehen. Damit würden wir Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen spürbar entlasten. Das würde ca. fünf Milliarden für Ausgabezwecke bedeuten, aber bisher blockiert die Union!

Für in Schieflage geratene Unternehmen spannen wir ein Sicherheitsnetz: Es gibt u.a. ein unbegrenztes Kreditprogramm der KfW und die Möglichkeit zu Steuerstundungen in Milliardenhöhe.

Auch von der EU gibt es Unterstützung – ein 25 Milliarden Euro schwerer Fonds soll das Gesundheitswesen und Unternehmen stützen.

Arbeit-von-morgen-Gesetz

Digitalisierung und Klimaschutz sorgen für Veränderungen – auch in der Arbeitswelt. Mit dem Arbeit-von-morgen-Gesetz kümmern wir uns darum, dass Beschäftigte Schritt halten können. Sie werden durch schnellere und bessere Weiterbildungen fit für die zukünftige Arbeitswelt gemacht. Mit dem Gesetz docken wir an das Qualifizierungschancengesetz an und bauen es aus: Es gibt umfangreichere Fördermaßnahmen, unbürokratischere Verfahren und mehr Anreize für Arbeitgeber, ihre Mitarbeiter weiterzubilden.

Da das Arbeit-von-morgen-Gesetz die neuen Kurzarbeiterregeln beinhaltet, wurde die Einführung zur Abmilderung der Corona-Folgen beschleunigt. Bereits heute haben wir es im Parlament beschlossen! Dies hat die eine oder andere Diskussion mit der Union erspart.

Übergangslösung beim Wahlrecht

Der Bundestag soll nicht größer werden! In diesem Punkt sind sich alle Fraktionen einig, ein mehrheitsfähiger dauerhafter Reformvorschlag liegt aktuell aber nicht vor. Die SPD-Bundestagsfraktion hat daher einen Vorschlag für eine Übergangslösung gemacht: Für die Bundestagswahl 2021 soll es eine gesetzlich vorgeschriebene Obergrenze von 690 Abgeordneten geben. Überhang- und Ausgleichsmandate gibt es dann nur bis zum Erreichen dieser Marke. Auch der gleich große Anteil von Frauen und Männern ist Teil unseres Modells: Zur Wahl zugelassen werden nur Parteien mit paritätisch besetzten Landeslisten. Sie muss im Wechsel beide Geschlechter beinhalten.

Für eine dauerhafte Reform soll eine Kommission sorgen, die sich detailliert mit allen Optionen auseinandersetzt. Nicht nur Abgeordnete, sondern auch Wissenschaftler und Bürger sollen ihr angehören. Mit unserem Modell liegt ein praktikabler Vorschlag auf dem Tisch. Der Ball liegt nun vor allem bei CDU und CSU, die sich endlich bewegen müssen!

Gute Nachricht für Grundschul Kinder

Die Betreuung von Grundschulkindern nach Schulschluss stellt Eltern oft vor große Probleme. Beruf und Familie sind schwierig unter einen Hut zu bringen, wenn die Kinder um 12 Uhr schon wieder vor der Tür stehen. Das wollen wir ändern! Ab 2025 gibt es einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter. Jeder der möchte, kann sein Kind dann bis in den Nachmittag hinein in der Schule betreuen lassen.

Um dem Rechtsanspruch gerecht werden zu können, ist natürlich noch einiges zu tun. Entsprechende Räumlichkeiten müssen geschaffen werden und mehr Personal bedarf es auch. Im Bundestag haben wir nun den Weg frei gemacht für 2 Milliarden Euro, die vom Bund an die Länder fließen und für entsprechende Investitionen genutzt werden sollen.

Flüchtlingskinder auf griechischen Inseln

Die Zustände auf den griechischen Inseln sind unbestritten katastrophal und untragbar. Tausende Flüchtlinge harren dort bei schlechtesten hygienischen Bedingungen aus. Es ist daher höchste Zeit, dass wir endlich helfen! Die Bundesregierung hat sich darauf geeinigt, gemeinsam mit europäischen Partnern bis zu 1.500 kranke oder unter 14-jährige Kinder zügig von den Inseln zu holen.

Erste Vorbereitungen wurden bereits im Vorfeld getroffen, sodass bald mit einer Entlastung auf Lesbos zu rechnen ist. Auch Dortmund möchte bis zu 30 Menschen aufnehmen. Der Rat hatte sich schon im Februar dazu bereit erklärt und gezeigt: Dortmund ist eine solidarische Stadt, bei der die Menschlichkeit im Vordergrund steht!

Kohleausstiegsgesetz

Deutschland ist das einzige Land, das gleichzeitig aus der Kohle und aus der Atomkraft aussteigt. Die Entscheidung ist absolut richtig: Deutschland ist Vorreiter bei der Energiewende! Dieses bietet uns die Chance, durch neue Technologien Arbeitsplätze zu schaffen und wirtschaftlich weit vorne zu sein. Letzte Woche haben wir nun die konkrete Umsetzung des Kohleausstiegs im Bundestag beraten. Das entsprechende Gesetz sieht einen Ausstieg bis 2038 vor – falls möglich auch früher.

Wir SPD-Abgeordneten aus NRW sind mit dem Entwurf noch nicht zufrieden. Denn die Steinkohle wird bei den Entschädigungszahlungen anders behandelt als die Braunkohle. Hier fordern wir einen Dialog zwischen der Regierung, den Kraftwerksbesitzern und betroffenen Kommunen!

Zudem verhandeln wir gerade sehr hart mit der Union über Maßnahmen, die mehr regenerativen Strom ins Netz bringen. Der Strom muss ja irgendwo herkommen, wenn wir Kohlekraftwerke abschalten. Deshalb fordern wir die Förderbegrenzung für Solarstromerzeugung aufzuheben und mehr Zubau von Windkraftanlagen zu ermöglichen. Ein schwieriges Unterfangen, das zur Not der Bundesrat richten muss.

Zum Schluss möchte ich mich bei denen bedanken, die in so einer Zeit besonders belastet sind: Ärztinnen und Ärzte, das Krankenpflegepersonal, Sprechstundenhilfen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gesundheitsämtern und den Laboren. Wir muten ihnen und ihren Familien derzeit viel zu und sie bewältigen es mit ruhiger Sachlichkeit. Das verdient Respekt! Lasst uns genauso sachlich mit der Epidemie umgehen – ohne Hysterie. Die Welt geht nicht unter von einem Derby ohne Zuschauer, von abgesagten Veranstaltungen oder Konzerten. Im nächsten Jahr können wir hoffentlich alle wieder tanzen, singen und uns treffen!

Schönes Wochenende und bleibt gesund!

Eure

Sabine